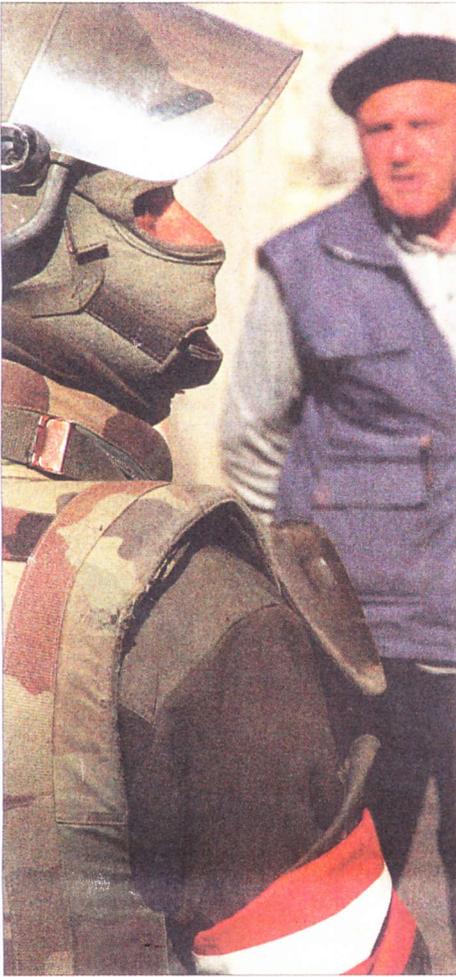


Die neuen Unruhen im Kosovo bedeuten für Österreichs KFOR-Soldaten eine enorme physische und psychische Belastung. Ein Lokalaugenschein im „Camp Casablanca“

# „GEWALT HAT UNS ÜBERRASCHT“



VON HUBERT WAGNER  
Sava Reka

Über dem „Camp Casablanca“ hängen Staubwolken, aufgewirbelt von den intensiven Bewegungen der Panzer und Kraftfahrzeuge. Offiziere eilen mit Papierstapeln unter dem Arm von einer Lagebesprechung zur anderen. Doch trotz der neu aufgeflamnten Feindseligkeiten zwischen Albanern und Serben im Kosovo ist im Lager der österreichischen KFOR-Soldaten keine unkontrollierte Nervosität zu erkennen.

Wachmeister Schmied aus Innsbruck kommandiert einen Trupp, der zur Kontrolle gewaltbereiter Demonstranten eingesetzt wird. Sie steht im Fall des Falles in der ersten Reihe. Nach dem Ausbruch der Unruhen am Mittwoch wurde seine Gruppe mit Radpanzern nach Novaki, einer Serben-Enklave bei Orahovac, gesandt. Dort schützten sie die Bewohner vor albanischen Übergriffen.

**SMS-ANSTURM** Als die Soldaten nach 36 Stunden Dauereinsatz ins Camp zurückkehrten, waren ihre Handys voll mit SMS-Anfragen besorgter Angehöriger. „Wir mussten sie beruhigen“, erzählt Schmied. Alle Soldaten wissen, dass die Nachrichten in der Heimat manchmal ein verzerrtes Bild zeichnen. In Graz wurde deshalb eine rund um die Uhr besetzte Hotline eingerichtet, die über die tatsächliche Lage im Kosovo informiert (Tel.: 0316-5993/DW 22393).

Korporal Nissler aus Tirol ist seit fast einem Jahr im Kosovo. Vom Turm seines Pandur-Panzers aus hat er einen anderen Blickwinkel auf die Ereignisse vor ihm. Auch er wurde wie alle seine Kollegen von den Ausschreitungen und der hohen Gewaltbereitschaft der albanischen Demonstranten überrascht.

Bis vor kurzem gab es nur Routinearbeiten zu erledigen: Personen- und Autokontrollen. Wütende Zischlaute bockiger Jugendlicher lernten die Österreicher diplomatisch zu überhören. „Ich möchte gar nicht wissen, was sie bedeuten“, sagt Nissler.

Erst jetzt aber, wo ein kühler Kopf und die Überwindung von Angstgefühlen zählen, macht sich die intensive militärische Vorbereitung auf den Einsatz bezahlt.

Heerespsychologe Christopher Schermann kennt die Stresssymptome: Ansteigen der Grundspannung, vermehrter Zigarettenkonsum, überspitzter Sarkasmus. Das plötzlich akute Bedrohungsszenario und der Schlafentzug rauben psychische und in der Folge physische Substanz. Aber Schermann weiß auch, dass der Großteil der Truppe ein hohes Maß an Einsatzfähigkeit besitzt und

dank professioneller Ausbildung kompensieren kann.

Für den Gefreiten Gauza sind „meine Kameraden die besten Psychologen. Wenn man jeden Tag im gleichen Problem steckt, hat man einander viel zu sagen.“

**ENKLAVEN** Die Österreicher sind gemeinsam mit Deutschen und Schweizern für ein etwa 1000 km<sup>2</sup> großes Gebiet mit mehreren Serben-Enklaven verantwortlich.

Kommandiert werden sie von Oberstleutnant Anton Willmann, der in ihren Augen hohe Führungsqualitäten beweist. So habe sein resolutes

Auftreten Krawalle in Orahovac verhindert. Als eine Konfrontation drohte, zog Willmann kurzerhand einen Gemeindepolitiker neben sich in die erste Reihe – die Zusammenstöße blieben aus.

Die Österreicher müssen sich darauf einstellen, dass ihre Heimreise in die Ferne rückt. Vor ihrer Containerunterkunft steht eine Holzsäule mit Kilometerangaben zu größeren heimischen Städten – etwa „Horn, 809 Kilometer“. In spannungsgeladenen Tagen wie diesen vermitteln die Schilder den Eindruck, dass es nach Hause ein sehr langer Weg ist.

## KOSOVO

### Putin beklagt „ethnische Säuberung“

Russlands Präsident Wladimir Putin hat die jüngsten Ausschreitungen von Albanern gegen die Serben im Kosovo als „ethnische Säuberung“ kritisiert. Die Minderheit müsse „mit allen Mitteln geschützt werden“. Russlands Katastrophenschutzminister fliegt nach Serbien, um mögliche Hilfsmaßnahmen für Flüchtlinge aus der Krisenregion vorzubereiten.

Auch Belgrads Außenminister Sivilanovic warf den Kosovo-Albanern vor, die Provinz von Serben säubern zu wollen. Die Ausschreitungen mit 28 Toten, mehr als 600 Verletzten und 25 zerstörten serbisch-orthodoxen Kirchen seien von Extremisten organisiert worden.

Die USA fordern eindringlich ein Ende der Gewalttaten. Sie haben für Dienstag ein Treffen der so

genannten Kontaktgruppe in Brüssel einberufen, der auch Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Italien, Russland sowie EU-Vertreter angehören.

Im Kosovo selbst geht der Aufmarsch der NATO-Verstärkung weiter. Österreich entsendet 90 zusätzliche Soldaten zur Entlastung des 510 Mann starken Kontingents. Gestern konnte die KFOR weitgehend für Ruhe sorgen.

Ein österreichischer KFOR-Soldat auf Patrouille im Kosovo: Die Feindseligkeiten zwischen Albanern und Serben zerran an den Nerven der Friedenstruppe, in ihrem „Camp Casablanca“ herrscht aber keine Hektik



## ÜBERBLICK

### Spanier verschaffte Terroristen Sprengstoff

**SPANIEN** – Nach den Anschlägen von Madrid mit inzwischen bereits 202 Toten fahndet die Polizei nach vier weiteren Marokkanern. Sie haben den verwendeten Sprengstoff aus einem unbewachten Depot eines Bergwerks gestohlen. Hingeführt hatte sie ein ehemaliger spanischer Minenarbeiter, der zu den fünf bisher Inhaftierten gehört.

### Le Pen kann mit einem Wahlerfolg rechnen

Regionalverwaltungen gelten als Test für Präsident Chirac. Umfragen prophezeien eine Rekordenthaltung und ein gutes Abschneiden der Front National unter Jean Marie Le Pen.

### Ablehnende Haltung zu Vereinigungsplan

**ZYPERN** – Würden die griechischen Zyprioten derzeit über den UNO-Wiedervereinigungsplan für die geteilte Insel abstimmen, wäre laut neuen Umfragen mit einem Nein zu rechnen. UN-

Generalsekretär Kofi Annan hat die zerstrittenen Volksgruppen sowie die Schutzmächte Griechenland und Türkei für Dienstag zu Verhandlungen in die Schweiz eingeladen. Er drängt auf eine Lösung noch vor Zyperns EU-Beitritt am 1. Mai.

### Todesschüsse auf Jogger in Jerusalem

**NAHOST** – Radikale Palästinenser haben in Jerusalem einen arabisch-islamischen Studenten beim Joggen erschossen. In Gaza erlag ein siebenjähriges Palästinensermädchen Schussverletzungen, die durch Ar-

klima:aktiv



Denn kurze Transportwege sind besser fürs Klima.



Die Österreichische



# KONFLIKT UND GEBET KOSOVO IM UNTERS KOSOVA IM AUFSTIEG

**E**s haten ein paar ruhige Wochen werden sollen: Anfang April werden viele der 500 im Kosovo stationierten österreichischen Soldaten von einem neu ankommenden Kontingent aus der Heimat abgelöst. Doch der plötzliche Ausbruch der Gewalt stellt die Friedenssoldaten vor die bisher größte Herausforderung ihres Dienstes in der Krisenprovinz.

Nach den blutigen Ausschreitungen von Mittwoch, bei denen insgesamt 31 Menschen umkamen und mehr als 500 verletzt wurden, versuchten die insgesamt 17.000 KFOR-Soldaten gestern noch Schlimmeres zu verhindern.

Im Umland ihres Camps „Casablanca“ wurden die österreichischen Soldaten auch am Donnerstag zwischen die Fronten beordert: Auf der einen Seite Tausende aufgebrauchte Albaner, bereit zum Marsch auf die nahen serbischen Enklaven. Radikale Agitatoren fahren von Dorf zu Dorf, um die Menschen aufzuhetzen und Zusammenstöße zu provozieren.

Auf der anderen Seite serbische Dorfbewohner in panischer Angst. Erst nach stundenlangen Vermittlungsgesprächen mit albanischen Bürgermeistern schien sich die Lage allmählich zu entspannen. „Kein Problem, kein Problem“, versuchte ein Albaner die skeptischen Österreicher zu überzeugen.

**SCHIESSBEFEHL** Die NATO, die von den schlimmsten Unruhen im Kosovo seit Kriegsende vor fünf Jahren völlig überrascht wurde, schickt unterdessen Verstärkung: Rund 350 in Bosnien stationierte NATO-Soldaten erhielten Marschbefehl Richtung Kosovo. London schickt weitere 750 Mann. Um Bedrohte zu schützen, darf die KFOR scharf schießen. KFOR-Kommandant Kammerhoff gab gestern grünes Licht, notfalls „angemessene Gewalt anzu-



UNO im Kosovo wurde auch Ziel der Gewalt (oben); In Belgrad brannten Serben die letzte Moschee nieder (u.)

## Konflikt der Ethnien: Kosovo



**Bevölkerung** 88 Prozent der 1,9 Mio. Einwohner des Kosovo sind Albaner, sieben Prozent Serben. In Serbien und Montenegro leben 1,8 Mio. Albaner (16,6 %).

**KFOR** im Rahmen der multinationalen Friedenstruppe sind auch 500 Österreicher im Einsatz. Zu ihren Aufgaben zählt der Schutz der serbischen Minderheit.

wenden“. Bereits am Mittwoch hatten KFOR-Soldaten in Mitrovica einen Angreifer in Notwehr erschossen. Der Aufruf der wichtigsten politischen Führer Kosovos, Ruhe zu bewahren, stieß weitgehend auf taube Ohren. Tausende Albaner strömten gestern Nachmittag in die

Innenstadt von Pristina, um zu demonstrieren: Gegen die Unfähigkeit der UNO-Verwaltung, der Region eine Perspektive zu bieten. Gegen die serbische Minderheit. Gewalttätige Ausschreitungen wurden befürchtet. Aus Angst vor Übergriffen und Plünderungen blieben die



meisten Geschäfte und Lokale in der kosovarischen Hauptstadt geschlossen. Alle österreichischen Zivilisten im Kosovo sollten in die Gesandtschaft in Pristina in Sicherheit gebracht werden. Zu Zusammenstößen kam es auch in Obilic und in Mitrovica, dort zündeten aufge-

brachte Albaner eine Kirche an. In Mitrovica hatten sich die Unruhen am Mittwoch entzündet, nachdem Gerüchte aufgetaucht waren, serbische Jugendliche hätten albanische Kinder zu Tode gehetzt. Laut UN-Polizei eine falsche Behauptung. Der Funke hatte genügt, eine Explosion der Gewalt auszulösen. Auch am Donnerstag brannten in vielen Städten und Dörfern wieder serbische Häuser und Kirchen.

**BRENNENDE MOSCHEEN** Aus Rache dafür brannten aufgebrauchte serbische Demonstranten in Belgrad die einzige Moschee der Stadt nieder. Es kam zu Übergriffen auf albanische Geschäfte.

Auch im südserbischen Nis ging das moslemische Gotteshaus in Flammen auf. Mehrere tausend Serben protestierten in Belgrad mit Patrouillen wie „Gebt uns Waffen, wir gehen in den Kosovo“.

Einhellig verurteilt die internationale Gemeinschaft die Gewalt. „Die Ausschreitungen bedeuten einen ersten Rückschlag in den aktuellen politischen Entwicklungen“, kritisiert Erhard Busek, Koordinator des EU-Balkan-Stabilitätspakts. Der UN-Sicherheitsrat trat Donnerstag Abend zu einer Dringlichkeitssitzung zusammen.

Die Geschichte des Kosovo-Konfliktes:  
 ► 1989: Slobodan Milošević schafft die seit 1974 geltende Kosovo-Autonomie ab und mobilisiert bei der 600-Jahr-Feier der Schlacht auf dem Amselfeld den serbischen Nationalismus (Bild). Albanische Proteste werden blutig niedergeschlagen.  
 ► 1990: Parlament und Regierung des Kosovo werden aufgelöst.  
 ► 1991: In einer Volks-



Brandrede Miloševićs

abstimmung sprechen sich die Albaner für die Proklamation einer „Republik Kosova“ aus. ► 1992: Ibrahim Rugova wird zum Präsidenten gewählt, Belgrad erkennt die Wahl nicht an. ► 1996: Die „Befreiungssarmee des Kosovo“ (UCK) tritt mit Anschlüssen erstmals öffentlich in Erscheinung. ► 1998: Bei Zusammenstößen zwischen Albanern und serbischen Sicherheitskräften in Drenica sterben 29 Menschen. Der Konflikt eskaliert, serbische Einheiten greifen UCK-Hochburgen an. An die 200.000 Albaner fliehen in die Wälder. ► 1999: Nach weiteren serbischen Übergriffen und vergeblichen Versuchen, den Konflikt friedlich zu lösen, star-



NATO-Luftangriffe '99

tet die NATO am 24. März Luftangriffe auf Ziele in Jugoslawien. Aus dem Kosovo, wo serbische Truppen wüteten, flüchten Hunderttausende Albaner ins Ausland. Milošević akzeptiert einen Friedensplan, im Juni ziehen Soldaten der internationalen Friedenstruppe KFOR im Kosovo ein. Die Flüchtlinge folgen. 250.000 Nicht-Albaner flüchten. Der Kosovo steht nun unter UN-Verwaltung.

### ANALYSE

## Mutlose Suche nach einer politischen Lösung

**S**ie waren aus den Schlagzeilen verschwunden und in den vergangenen Jahren auch tatsächlich weniger geworden: Die blutigen Überfälle auf serbische Dörfer im Kosovo, aber auch die serbischen Provokationen gegen Albaner. Das mag dem Einsatz der internationalen KFOR-Schutztruppe zu verdanken sein, vor allem aber dem Wunsch der knapp zwei Millionen Bewohner der Region, in Frieden und Ruhe zu leben.

Dass nun plötzlich Tausende Albaner mit Gewehren und Steinen gegen die serbische Minderheit los-

ziehen, hat die UNO-Verwaltung und die KFOR völlig überrascht. Mit einer derartigen Wut, einem derartigen Flächenbrand hatten die Verwalter nicht gerechnet. Doch fünf Jahre nach Ende des Krieges ist das alte Misstrauen zwischen Albanern und Serben unverändert existent. Von einem Dialog zwischen den Feinden, von einer Aussöhnung, gar von Verzeihen kann keine Rede sein.

Albaner und Serben leben streng voneinander getrennt, an den besonders gefährdeten Spannungspunkten überwacht die KFOR die Trennlinie. Ge-

meinsame Berührungspunkte, gemeinsame Schulen, Vereine, Lokale oder Jugendtreffs gibt es nicht.

Das für Kosovo größte Problem aber ist: Albaner und Serben haben kein gemeinsames Ziel – denn ihre Wünsche, wie die Zukunft ihre Heimat aussehen soll, laufen konträr auseinander. Für die albanische Mehrheitsbevölkerung gibt es keine andere Denkmöglichkeit als die Unabhängigkeit des Kosovo.

Die meisten der 100.000 Serben im Land hoffen darauf, dass Belgrad in naher Zukunft, irgendwann nach Abzug der UNO, wieder die Macht übernimmt. Entsprechend gering ist ihre Bereitschaft, sich in die Institutionen des Kosovo einzufügen und am politischen Leben mitzuarbeiten.

Sehr bald aber wird die UNO das Risiko eingehen und sich der Frage annehmen müssen, welchen Weg der Kosovo in Zukunft nehmen soll. Denn nur wie bisher den Deckel auf die vor sich hin köchelnden Probleme zu halten, wird Ungeduld, Wut und Hass nicht mildern. Wenn nun die Gewalt wieder hochkommt, trägt die internationale Gemeinschaft aus der Sicht der Balkan-Expertin Christine von Kohn auch mit Schuld – „durch ihre Feigheit, politisch klar Stellung zu beziehen“. Was Albaner wie Serben wollen ist eine Perspektive. Und keine kostspielige internationale Verwaltung, deren Leistung nur darin besteht, Probleme aufzuschieben anstatt sie anzupacken.

— INGRID STEINER-GASHI

# „Die Slowaken haben weit mehr Kraft als man glaubt“

Sorge um Minderheiten wegen Regierungsbeteiligung der Ultrarechten / Lokalaugenschein in einem Roma-Ghetto

HUBERT J. WAGNER  
Plavecky Stvrtok

Ihren 23. Geburtstag feierte sie in Australien, in Sydney. Großes Staunen war angesagt, als ein Beitrag des australischen Fernsehens über die Slowakei über den Bildschirm flimmerte: In der Slowakei werden Minderheiten der Roma diskriminiert und Romafrauen in Spitälern zwangssterilisiert. „Ich fühlte nur Scham und war unglaublich betroffen“, so Zuzana Gavulova, eine 25-jährige Studentin der Kommunikationswissenschaften aus Bratislava. „So hatte ich mir den Beginn meines Aufenthalts für ein halbes Jahr in Australien wirklich nicht vorgestellt.“



Roma-Siedlung (oben): Elend, wohin man schaut. In Bratislava (rechts) hingegen blüht der Tourismus

Der Erfolg für Fico kam jedoch nicht von ungefähr. Der Wahlkampf stütze sich auf eine Strategie: Fico als charismatischer Gegner einer unpopulären Reformpolitik von Ex-Premier Dzurinda. So gibt die neue Koalitionsregierung von Linken und Rechten vielen ungelösten und heiklen Themen neuen Zündstoff. Es gilt, tiefe soziale Gräben zu überwinden wie die Frage der Minderheiten – der Roma und Ungarn. Fico erklärte vor wenigen Wochen: „Die Unantastbarkeit der nationalen Rechte der Minderheiten ist garantiert“. Mit einem Jan Slota in der Regierung, der „Roma mit dem Prügel vertreiben“ will und Ungarn als „krummbeinige Schmarotzer bezeichnet“, ist sicherlich nur schwer ein Staat zu machen.

stinkende Abwässer bahnen sich ihren Weg durch den Dorfkern. 400 Roma, davon 250 Kinder – und das Elend verfolgt einen auf Schritt und Tritt. Jaroslav Polakovic, 45, bezeichnet sich als Sprecher der „Colony“. „Ein Dorfbrunnen für 400 Bewohner, versprochenes, jedoch nie erhaltenes Geld für einen Kanal, keine Arbeit und eine Existenz von der Hand in den Mund, ist das ein Leben“, so Jaroslav.

**MECIAR** „Noch nie hat uns ein Vertreter der EU besucht und sich ein Bild über unsere Lage gemacht. Einzig Meciar, in seiner Zeit als Premier, hat uns ein Mal besucht – darum haben wir ihn auch gewählt. Diese Regierung hat einen schlechten Start hingelegt, und wir trauen keinem“, sagt der Chef der Roma-Gemeinde. Und hartnäckig hält sich das Gerücht, dass die „Colony“ geschliffen werden soll. Die Bewohner von Plavecky Stvrtok sehen das völlig anders. Im *Bociana*, dem einzigen Gasthaus im Ort, schlagen die Wellen der Entrüstung hoch, wenn es um die Roma geht: „Faul, drücken sich vor Arbeit, wenn sie in Massen auftreten, stehlen sie und sind obendrein noch aggressiv“, so der Wirt. Und ein Gast ergänzt: „Unsere Zigeuner sind die aggressivsten in der Slowakei“. Heute sind 83 Prozent der 385.000 Roma in der Slowakei arbeitslos.

**START** Plavecky Stvrtok, 30 Kilometer nördlich von Bratislava, ist eine gesplante Gemeinde: 2500 Einwohner haben ihre Probleme mit der „Colony“ – ein durch einen Metallzaun vom Rest des Ortes getrenntes Roma-Ghetto. Die Straßen gehen über vor Dreck, und

## Zahlen, Daten und Fakten

Einwohner	5,387 Millionen
Hauptstadt	Bratislava (427.000 Einw.)
Regierungschef	Robert Fico (SMER)
Regierungskoalition	SMER, Jan Slota (SNS), Vladimir Meciar (HZDS)
Minderheiten	Ungarn 10,6 %, Roma 7 %, Tschechen 1,9 %, Ukrainer-Russen 0,7 %, Sonstige 1,9 %
Mitgliedschaft	EU, NATO, OECD, OSZE, UNO, WEU

mir Meciar, HZDS, über eine Regierungskoalition einigen konnte, war für viele doch starker Tobak. „Die Slowakei hat demokratisch gewählt, und unser Land hat bekommen, was es wollte“, so Zuzana mit einem Achselzucken.



Zuzana Gavulova: „Es stimmt schon, dass die Roma wenige Chancen bekommen. Nur wollen sie diese nicht erkennen, wenn sie da sind. Diese Regierung hat jedenfalls keine Autorität für mich und auch nicht die Kompetenz, die anstehenden Probleme unseres Landes zu lösen. Slo-

waken haben aber mehr Kraft als man glaubt, nur muss man ihnen hin und wieder unter die Arme greifen.“ 17 Jahre ist die junge Demokratie erst alt. Dass es da Defizite an Erfahrung gibt, liegt auf der Hand. „Im Zuge unserer demokratischen Entwicklung muss uns die Chance gegeben

werden, diese Probleme selbst zu lösen“, so Marius Kopcsay, Chefredakteur der Zeitschrift *Mosty* (siehe Interview). Jan Kubis, neuer slowakischer Außenminister, versprach bei seinem Antrittsbesuch in Wien: „Die neue Regierung wird eine moderne und gute europäische Regierung sein.“

## INTERVIEW

### „Politiker seines Kalibers haben ein Ablaufdatum“

**Marius Kopcsay**, 38, (Bild) ist seit Dezember 2005 Chefredakteur von *Mosty (Brücke)*. Zuvor war er politischer Kolumnist der größten slowakischen Tageszeitung *Novy Cas*.



der Regierung abhängen. Im Augenblick gibt es jedoch dafür keinen Anlass.

**Und das Problem der Minderheiten?**

Als Mitglied der EU wird es in der Slowakei nicht viel Platz geben, um deren Rechte zu ignorieren.

**Muss man vor einem Jan Slota Angst haben?**

Er ist ein völlig kontroverser politischer Grenzgänger. Was er sagt ist eines, was er bewirken kann etwas völlig anderes. Politiker seines Kalibers haben ein Ablaufdatum.

**KURIER: Wie beurteilen Sie den Ausgang der Wahl?**

KOPCSAY: Es zeigte sich, dass politisches Bewusstsein letztlich eine Frage der Bildung und des Alters ist. Fico fing seine Wähler mit Versprechen; Slota, SNS, und Meciar, HZDS, punktet in wirtschaftlich und sozial schwächeren Gebieten.

**Wie kommt es zu einer Regierung zwischen Linken**

und Rechtslegern wie Slota und Meciar kommen?

Fico sah das sehr pragmatisch. Mit Slota und Meciar ließen sich Koalitionsverhandlungen leichter führen. Abgesehen davon dachte er, wenn ein Haider mit einer FPÖ in Österreich durchgehen konnte, ginge dies auch in der Slowakei.

**Glauben Sie, dass ein Monitoring der EU das Land vor bösen Überraschungen bewahren könnte?**  
Das wird von der Arbeit

## PORTRÄT

### Schieder: „Europa entkommt man nicht“

In loser Reihenfolge stellt der KURIER die europapolitischen Nachwuchshoffnungen der im Parlament vertretenen Parteien vor.

„Große Ereignisse wie der Fall der Mauer und die Beitrittsverhandlungen Österreichs haben mich geprägt“, erklärt **Andreas Schieder** sein Interesse an Europa-Politik. Früh begann der 37-Jährige sich zu engagieren, eine typische Karriere in der SPÖ begann. Er war in der Sozialistischen Jugend, es folgte der Job des Vizepräsidenten der Internationalen Jungsozialisten, von 1997 bis 1999

führte er die Europäischen Jungsozialisten. Seit zehn Jahren ist Schieder Abgeordneter des Wiener Landtages. „Europa entkommt man nicht, es spielt sich auf allen Ebenen der Politik ab und bestimmt unseren Alltag.“ Dass EU-Entscheidungen mitgestaltet werden können, hat Schieder bei der umstrittenen Dienstleistungs-Richtlinie selbst erlebt. „Die Kommunen haben ihre Interessen definiert und mit dem Europäischen Parlament kooperiert. Das hat uns den Erfolg gebracht.“ Im Ausschuss der Regionen, in dem Schieder

Mitglied ist, ist er kein unbeschriebenes Blatt. „In Wien macht er mit Bürgermeister Häupl die Europa-Politik. Er hat ein dichtes Netzwerk von Kontakten in der EU“, äußert sich ein Konservativer.

Mit der Europa-Linie seiner Partei hat er keine Probleme: „Ich wehre mich dagegen, dass die SPÖ als



Will ins Parlament einziehen: SPÖ-Europa-Experte Schieder

europa-skeptisch hingestellt wird. Wir wollen nur ein anderes, besseres Europa.“ Welches? „Ich will ein Europa, das eine gemeinsame Wirtschaftspolitik macht und das nicht nur Bauern mit Förderungen bedient. Ich will ein Europa, das sozialer ist und mehr in Forschung investiert.“ Ärgerlich findet

er das „enge Europa-Bild“ von Klub-Chef Josef Cap. „Er spitzt zu sehr zu, auch in der Türkei-Frage.“ Ob die Türkei jemals EU-reif ist, daran zweifelt auch Schieder. Die Balkan-Länder hingegen sollten rasch in die EU kommen. „2014 wäre ein symbolträchtiges Datum.“

Was er an Cap kritisiert, verlangen Freunde von ihm. „Der Andi soll vieles, was er intern sagt und analysiert, auch öffentlich laut sagen“, rät ihm ein Genosse.

**POLITIKER-FAMILIE** Gleichgültig reagiert er, wenn er auf seine Herkunft angesprochen wird. Erstnichtigend ein Sohn, sondern der von Peter Schieder, langjähriger Vorsitzender des außenpolitischen Ausschusses im Parlament. „Es hat Vor- und

Nachteile, aus einer Politikerfamilie zu kommen, ich gehe aber meinen eigenen Weg“, sagt der studierte Ökonom.

Freizeit gibt es für ihn keine. Er ist SPÖ-Vorsitzender des 14. Wiener Gemeindebezirks und verbringt Abende und Wochenenden an der Basis bei seinen Wählern. „Da höre ich, wo die Leute der Schuh drückt und wovon sie Angst haben: Vor dem Verlust des Jobs und vor einer zu schnellen Erweiterung.“ Jetzt sollte die EU einmal leiser treten.“

Schieder, Vater eines elfjährigen Sohnes, gönnt sich selbst keine Ruhepause. Im Herbst will er in den Nationalrat einziehen. Ein vorderer Listenplatz ist ihm zugesagt. Er ist die Nummer Zwei im Wahlkreis Südwest.

– MARGARETHA KOPEINIG

► **Europa konkret:** Ein Projekt der EU soll für ungarische Arbeitskräfte im Burgenland sozial- und arbeitsrechtlich korrekte Bedingungen schaffen

# Das „vierte Komitat“

VON HUBERT J. WAGNER  
SZENTGOTTHÁRD

Der Binnenmarkt der Arbeitskräfte ist im Burgenland schon längst Realität. Hier arbeiten laut Angaben des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (ÖGB) rund 8000 legale Arbeiter aus den ungarischen Komitaten Győr-Ménfőcsanak, Vas und Zala.

Sie arbeiten im Burgenland allerdings unter miesen Bedingungen: Kein Krankengeld, Bezahlung weit unter Kollektivvertrag, teilweise oder gar nicht angemeldet, somit ohne Versicherungs- und Krankenschutz. Fast in jedem Betrieb, der ungarische Arbeitskräfte beschäftigt, finden sich Mängel. Besonders schlimm ist es in der Landwirtschaft und im Güterbeförderungsgewerbe.

**Dunkelziffer** Das niedrige Ausbildungsniveau und sprachliche Barrieren machen es schwer, an arbeitsrechtliche Informationen zu kommen. Die Dunkelziffer bei illegalen Arbeitskräften – viele davon sind Frauen – ist laut einer

Studie mit dem Titel „Zukunft-Grenzraum-Arbeitsmarkt“ des ÖGB und des Interregionalen Gewerkschaftsrates Burgenland (IGR) besonders hoch. Preisabsprachen unter Landwirten hat es nachweislich gegeben, statt des kollektivvertraglichen Stundenlohnes von 6,75 Euro wird meist nur die Hälfte ausbezahlt.

**Unwürdig** „Teilweise arbeiten die Menschen in den bäuerlichen Betrieben unter besonders unwürdigen Zuständen. Arbeitszeiten von zehn, zwölf Stunden am Tag sind normal“, bestätigt IGR-Projektleiterin Eszter Tóth.

Ein Landwirt aus dem nördlichen Burgenland, der es schon auf einige Anzeigen von ungarischen Arbeitnehmern gebracht hat, steht auf der schwarzen Liste des AMS ganz oben. Ihn störe das nicht: Ersuchte „seine“ Arbeiter in Ungarn auf und überzeugte sie, die Anzeigen fallen zu lassen. „Wochen später gab es erneut Probleme“, erzählt Tóth.

Ilonka M. (der Name wurde von der Redaktion geändert, Annm), 29 Jahre, und Mutter ei-



**Bistro-Chefin** Silvia M. (li.) „Behandle Angestellte so, wie ich behandelt werden möchte.“ Tünde Pethő (re.) „An Wochenenden gibt's mehr Trinkgeld“

nes dreijährigen Kindes, arbeitet in einem Gastgewerbebetrieb im mittleren Burgenland. Ihr geht es vergleichsweise gut. Sie ist angemeldet,

arbeitet 30 Stunden pro Woche, wird gut behandelt und verdient rund 750 Euro im Monat – die Hälfte weniger, als eine Österreicherin oder ein Österreicher bei gleicher Leistung verdienen würde. Wird sie krank, bekommt sie keinen Cent. Ilonka M. weiß, dass die Entlohnung zu gering ist. „Besser weniger im Burgenland verdienen, als in Ungarn arbeitslos sein“, macht sie sich selbst Hoffnung.

**Hartes Leben** Hegyi László, 52, ist Bürgermeister der 460 Einwohner-Gemeinde Rönök bei Szentgotthárd. Hier haben 150 Menschen Arbeit, 100 sind arbeitslos, der Rest sind Frauen und Kinder. Mit sei-

nem Bürgermeister-Gehalt von 340 Euro macht der gelernte Maschinenbau-Ingenieur keine großen Sprünge. „Das Leben ist bei uns sehr hart. Für Pensionisten ist es besser, gleich zu sterben. Hier im Ort leben wir aber unsere kleine EU. Wir haben viele Freunde in Österreich, die uns mit Möbeln und Kleidung unterstützen. Wirk können uns auch selbst helfen.“

Zum Einkaufen fahren sie nach Österreich: Die Supermärkte sind hier um einiges billiger als in Ungarn. Hegyi Laszlos Sohn, 23, angehende Schauspieler mit Sprachfehler – das „S“ macht ihm Probleme – erarbeitet sich drei Mal im Monat einige Euro bei

Freunden in der Steiermark. Ein guter Monat mit halblegalen Arbeiten bessert das Familienbudget bis zu 500 Euro auf.

**Positiv** Es gibt jedoch auch positive Beispiele und Betriebe, die ungarische Arbeitskräfte fair behandeln. György Kiss und Tünde Pethő arbeiten seit 17 bzw. 15 Jahren im Burgenland. György als Küchenchef im „Restaurante San Marco“ und Tünde als Kellnerin im Bistro in Stegersbach. György und Tünde sind hier zufrieden: „Mit kleinen Ausnahmen, die aber schon lange zurückliegen, können wir uns nicht beschweren. Unsere Zukunft liegt noch immer in Österreich.“

## Gewerkschaft: Die Anliegen

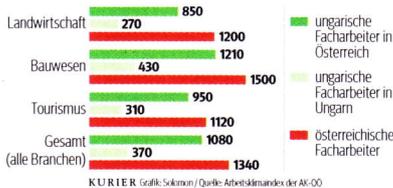
**Kooperation** Im Interregionalen Gewerkschaftsrat (IGR) mit Sitz in Eisenstadt kooperieren ÖGB und Ungarns Gewerkschafter.

**Ziele** Information für ungarische Arbeitnehmer im Burgenland.

**Aktivitäten** Rechtsberatung in ungarischer Sprache, Publikation von Info-Broschüren.

### Einkommens-Unterschiede zwischen Österreichern und Ungarn

Monatliches Netto-Einkommen von Facharbeitern in Euro



## ► ÖGB

### „Schwarze Schafe wirkungsvoll bekämpfen“

Eszter Tóth ist Projektleiterin des ÖGB und des Interregionalen Gewerkschaftsrates (IGR) in Eisenstadt. Sie will arbeitsrechtlich korrekte Verhältnisse für Ungarn.

**Kann man diese Missstände ändern?**

Unser Netzwerk mit AMS, Krankenkassen, Arbeiterkammer und Finanzamt arbeitet sehr gut. Schwarze Schafe können so wirkungsvoll bekämpft werden.

**Wie stehen Sie zu den Übergangsfristen?**

Ich finde sie sinnvoll. Es ist falsch anzunehmen, dass bei einer Aufhebung

der Übergangsfristen alle illegalen plötzlich legale Arbeiter werden. Mit den Fristen wird der Wildwuchs an illegalen eingedämmt und der Schutz der ungarischen Arbeitskräfte gewährleistet.

**Wie sehen das Ihre Kollegen von der ungarischen Gewerkschaft?**

Ich denke, dass man jetzt Verständnis dafür hat. Ost-Ungarn steht vor ähnlichen Problemen, mit Arbeitern aus dem neuen EU-Mitgliedsland Rumänien und auch aus der Ukraine.



**Projektleiterin** des ÖGB: Eszter Tóth

**KURIER: Wie gehtes ungarischen Arbeitern im Burgenland?**  
**Eszter Tóth:** Problematisch. Arg ist es in der Landwirtschaft: Niedrige Löhne und viele Stunden Arbeit.

## ► Ungarische Gewerkschaft

### „Ungarn wollen nur arbeiten“

Csaba Horváth leitet den Landesverband der ungarischen Gewerkschaften im Komitat Vas.

**KURIER: Welche Probleme haben ungarische Arbeitnehmer im Burgenland?**

**Csaba Horváth:** Zum Teil sehr massive. Die Arbeiter sind minimal oder überhaupt nicht angemeldet. Am schlimmsten ist es im nördlichen Burgenland.

**Wie können diese Zustände beseitigt werden?**

Die Kontakte zwischen Arbeitnehmern und österreichischer Gewerkschaft müssen verstärkt werden. Die Arbeitnehmer sollten Mitglieder im Österreichischen Gewerkschaftsbund werden.



**Gewerkschafter** in Ungarn. Csaba Horváth

**Welche Rolle spielt die Sprachbarriere?**

Ich denke, sie ist einer der wichtigsten Faktoren über-

haupt. Die Deutsch-Kurse, die das Komitat ausschreibt, sollten besser angenommen werden. Zurzeit ist dies leider nicht der Fall.

**Wie sieht die Arbeitsrealität aus?**

Beschwert sich jemand, dann stehen zwanzig andere vor der Tür.

**Wie sehen Sie die Übergangsfristen?**

Ich denke, die Österreicher haben Angst. Die Ungarn wollen nur arbeiten und nicht in Österreich wohnen.

Im Gegensatz zum Süden Sri Lankas geht die Hilfe für die Flutopfer im Norden der Insel nur schleppend voran. Die Regierung schickt in das Tamilen-Gebiet vor allem Soldaten

# DIE VERDRÄNGTEN OPFER

VON HUBERT WAGNER  
Colombo

Schon vor der Flutwelle war die Anfahrt in die Distrikte Batticaloa und Trincomalee im Nordosten von Sri Lanka beschwerlich. Der Weg führte über Straßen, die der Krieg zwischen der tamilischen Rebellenorganisation LTTE und der Regierung beschädigt hatte. Jetzt, nach der zerstörerischen Wucht der Killerwelle, benötigt man an die zehn Stunden für 250 Kilometer.

Die Distrikte, offiziell unter Kontrolle der Regierung, gelten als Einflussgebiet der „Tamil Tigers“. Im Gegensatz zum Süden der Insel verläuft die Hilfe für die Tsunami-Opfer hier sehr schleppend. Armee und Polizei kontrollieren jedes Fahrzeug – und erschweren dadurch die Anreise der Konvois der Hilfsorganisationen.

Italien, das bisher als einziges Land Direkthilfe in den Norden schickte, wurden weitere Hilfslieferungen von der Regierung untersagt. Einem Camp in Batticaloa, in dem Moslems untergebracht sind, spendete die radikal-islamische Gruppe Hisbollah einen Trinkwassertank und China eine kleine Zeltstadt.

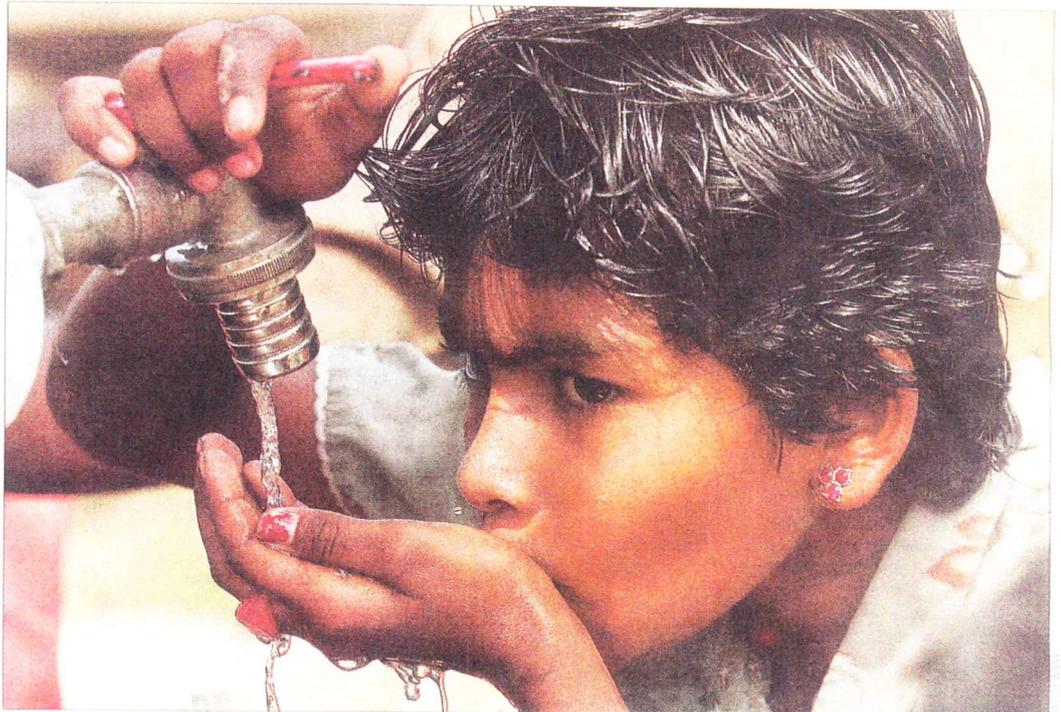
Die Regierung hat zwar schnelle Hilfe versprochen. Geschehen ist bisher jedoch fast nichts. Colombo hat einzig ein Bauverbot innerhalb von 300 Metern zur Küste erlassen. Das Gebiet wird laut Präsidentin Chandrika Kumaratunga „strengstens kontrolliert“.

Niemand weiß, wie es weitergehen wird: Viele Camps sind nur für drei bis vier Monate geplant. Die Lage in den Unterkünften für die Opfer ist trostlos. So auch in Kannahi Maha Vidyalayam, einer früheren Schule, wo 524 tamilische Familien untergebracht wurden. „Die Regie-

## Nach der Flut

### Länderporträt SRI LANKA

Nur dank einer Hilfsorganisation der Tamilen kann dieses Mädchen im Norden Sri Lankas überleben. Die versprochene Hilfe der Regierung bleibt aus



rung versprach uns Hilfe, bis jetzt ist aber keine gekommen“, klagt der Leiter des Camps. Geschickt hat man hingegen Soldaten. Sie sollen „für Sicherheit sorgen“.

Das Nötigste zum Überleben kommt, so der Verwalter

des Camps, von der TRO, der „Tamil Rehabilitation Organisation“. Diese Hilfsorganisation operiert mit Geldern der tamilischen Diaspora. Geholfen wird mit Wasser, Nahrung, Medikamenten oder Arbeitskraft.

„Das schnelle und effiziente Handeln der TRO war der Regierung von Anfang an ein Dorn im Auge – und sie musste gegensteuern“, begründet der LTTE-„Außenminister“ Puledevan gegenüber dem KURIER die starke Militär-

präsenz. „Die Armee bekam den Befehl, alle Verteilungs- und Hilfszentren zu übernehmen, notfalls mit Gewalt. Doch die Menschen wissen genau, wer wann und wie schnell geholfen hat.“ Während man im Hinter-

land versucht, zur Normalität zurückzukehren, graben die Menschen in Strandnähe mit bloßen Händen nach persönlichen Habseligkeiten.

**SEUCHENGEGFAHR** Doch was jetzt am dringlichsten benötigt wird: „Präventivmaßnahmen gegen Seuchen wie Malaria, Cholera oder Denguefieber“, fordert Leo Anthony vom Pastoral-Zentrum in Trincomalee. Denn in einem Camp ganz in der Nähe teilen sich 250 Familien eine Toilette. Versuche, sanitäre Anlagen zu installieren, scheiterten am zu hohen Grundwasserspiegel. Die Trinkwasserreservoirs sind verseucht. Die Behörden raten den Menschen dringend ab, Fisch zu essen – eines der Grundnahrungsmittel der Insel.

eigene Steuern eingetrieben werden. Dort soll es nach internationalen Berichten immer wieder zu schweren Menschenrechtsverstößen kommen. Die LTTE hat etwa Hunderte Kindersoldaten zwangsrekrutiert.

**AUFSCHWUNG** Erst ein von Norwegen vermitteltes Waffenstillstandsabkommen brachte 2002 einen Wandel. Die Tourismuszahlen schnellten nach oben, die Wirtschaft wuchs stärker als in den Jahren zuvor. Auch wenn der Friede auf der „strahlenden Insel“ (Sri Lanka) nicht einkehrte und von Versöhnung nichts zu spüren ist, war bereits vor der Flut offensichtlich: Die Insel ist kriegsmüde, der Konflikt von keiner Seite militärisch zu gewinnen.

Und auf lokaler Ebene, von Mensch zu Mensch, haben Tamilen und Singhalesen in den vergangenen Tagen bewiesen: Nur gemeinsam sind die Schäden der Flut und des Krieges zu beseitigen.

– INGRID STEINER-GASHI

## TAMILIEN-REBELLEN Brüchiger Friede abseits der Palmenstrände

herrschaft zurückgeht. Die Briten privilegierten die Tamilen. Dafür bezahlten diese nach der Unabhängigkeit Sri Lankas 1948 mit einer gezielten Diskriminierungspolitik durch die singhalesische Mehrheit.

Als die tamilische Forderung nach einem Bundes-

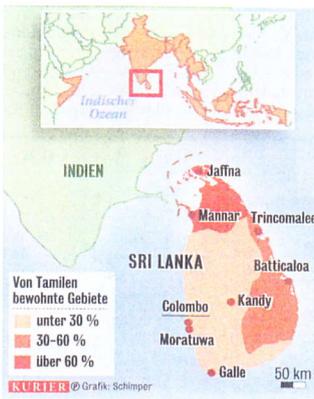
Schaden der gesamten Insel. Mehr als 65.000 Menschen wurden getötet. Die Wirtschaft des Entwicklungslandes lahmte.

Die LTTE schuf im Norden der Insel ein eigenes, autoritär geführtes Staatsgebiet, wo eigene Polizeitruppen patrouillieren und

Die Ruhe nach der Flut währte nur kurz: Geschockt von den verheerenden Verwüstungen beschworen Sri Lankas Regierung und tamilische Rebellen ihren Willen zur Zusammenarbeit. Gemeinsam sollten die 30.000 Tsunami-Opfer geborgen und der Wiederaufbau in Angriff genommen werden.

Doch mittlerweile wickelt der Nach-Flut-Friede ein neues Krieg der Worte: Colombo benachteiligt bei den Hilfslieferungen die tamilischen Bevölkerungsgebiete im Norden und Osten Sri Lankas, attackiert die Rebellenorganisation Tamil Tigers (LTTE) die Regierung. Diese wirft den Rebellen wiederum vor, mit der Hilfe Politik zu betreiben. Die Katastrophe, die tamilische Minderheit und singhalesische Mehrheit auf der Insel gleich schwer traf, machte aus den Gegnern keine Brüder in der Not.

Zu tief sitzt das Misstrauen zwischen hinduistischen Tamilen und buddhistischen Singhalesen, das bis auf die britische Kolonial-



## Sri Lanka: Zahlen, Fakten und Daten

**Bevölkerung** Auf der tropischen Insel leben rund 20 Millionen Menschen, drei Viertel davon sind Singhalesen (Buddhisten), 18 Prozent Tamilen (Hinduisten) und andere Minderheiten.

**Regierung** Präsidentin Chandrika Kumaratunga regiert mit einer linksnationalistischen Parteienallianz seit 1994.

**Wirtschaft** Textilien, Tee und Tourismus sind die drei Säulen der Wirtschaft. BIP pro Kopf: Rund 1300 Euro.

## ÜBERBLICK

### „Nur gefügig gemacht“

USA – Im Prozess gegen den US-Folterer von Abu Ghraib behaupteten seine Verteidiger...

### Selbstmord-Terror

NAHOST – Bei einem Selbstmordanschlag des Islamischen Schlichad auf eine jüdische...

### Mordplan aufgedeckt

NIEDERLANDE – Radikale Islamisten wollten die aus Somalia stammende Abgeordnete...

### Miliz-Angriffe in Darfur

SUDAN – Bei neuen Überfällen der von der Regierung unterstützten arabischen Janjawid...

### Konkurrenten als Team

GEORGIEN – In der abtrünnigen Teilrepublik Abchasien wurde am Mittwoch die umstrittene...

Raul Chadschimba, tratendiesmal in einem ungewöhnlichen Schritt als Partner um die Ämter des Präsidenten und seines Stellvertreters an.

Viele Palästinenser setzen große Hoffnungen in die EU. Die angedrohte Streichung der Hilfszahlungen aus Brüssel nach dem Wahlsieg der radikalen Hamas sorgt aber für große Verunsicherung. Ein Lokalaugenschein

# ANGST VOR DER ÄCHTUNG

VON HUBERT J. WAGNER  
Ramallah

Es war eine günstige Gelegenheit, um mit einigen korrupten Herrschaften innerhalb der Fatah abzurechnen. Vom Wahlsieg der Hamas Ende Jänner waren die Palästinenser aber dann selbst überrascht. Niemand hatten einen solchen Erfolg der von der Staatengemeinschaft geächteten Terrorgruppe gewollt. „Schon während der ersten Aufregung hatte man das Gefühl, dass eine Tür zur Weltpolitik zugeschlagen wurde“, sagt Abbas Melhim, 48, Projektleiter von HDIP, einem palästinensischen *think tank* in Gesundheits- und Sozialfragen.

Hilfe zur Selbsthilfe heißt die Formel, die HDIP den Menschen im Westjordanland und dem Gaza-Streifen beibringt. Mit Geldern der EU wurden Nähwerkstätten für 500 Frauen und Betriebe zur Herstellung von Produkten des täglichen Bedarfs finanziert. Acht Bibliotheken ermöglichen den Jungen eine bessere Schulbildung.



Palästinenser vor dem Checkpoint Kalandia – die bis zu sieben Meter hohe Betonmauer empfinden sie wie ein Gefängnis

landia. Ist der wieder einmal gesperrt, führt er die Kunden für umgerechnet fünf Euro über einen 50 Kilometer langen Umweg zum Ziel.

Schon von Weitem sieht man die bis zu sieben Meter hohen Betonwände. Stahlschleusen in Richtung Jerusalem, die man nur einzeln passieren kann, sorgen oft für lange Wartezeiten.

Eine Gruppe muslimischer Frauen aus England, ange-reist zu einem Friedenssymposium, besichtigt die Mauer – für sie ein Symbol menschenverachtender Politik der Israelis. Ein alter Palästinenser klagt ihnen sein Leid: „Sie mauern uns ein. Für mich ist es schwieriger, nach Nablus zu kommen als nach Europa.“

Ausama T. Hashima, 48, ist Polizist in Ramallah und wohnt in der Altstadt von Jerusalem. Mit 25 Mitarbeitern versucht er junge Palästinenser vor dem Abdriften in die Kriminalität zu schützen.

Der EU und besonders den Franzosen traut er erfolgreiche Friedensvermittlungen zu. Die Politik der USA ist ihm zu einseitig. Beunruhigend



Polizist Ausama Hashima

Vor allem junge Palästinenser setzen große Hoffnungen in die EU. Der Hamas-Sieg hat sie aber stark verunsichert: „Ich vertraue keinen Verträgen mehr“, sagt Mahmud Ibrahim Hamad, ein 27-jähriger Taxifahrer, „ich möchte irgendwann Resultate sehen.“ Als Halbwüchsiger saß er sieben Jahre in einem israelischen Gefängnis. Heute spricht er zwar fließend Hebräisch, aber es nützt ihm nichts: Er darf das Westjordanland nie verlassen.

Bis zu zehn Mal am Tag fährt er mit seinem Ford Transit die vier Kilometer lange Strecke vom Busbahnhof Ramallah zum Checkpoint Ka-

Die Verhandlungen über die Rolle der neuen Hamas-Regierung scheinen zu stocken: Der Westen fordert Gewaltverzicht und die Anerkennung der Friedensverträge mit Israel. Die Hamas lehnt beides ab. Die starren Fronten sind die größte Hürde für die Fortsetzung internationaler Finanzhilfen.

Welche Fäden zur Lösung des Konflikts gezogen werden, weiß **Andreas Sami Prauhart** (31). Der österreichische Jurist und Politikwissenschaftler mit Wurzeln in der Region, ist unabhängiger politischer Berater im Kabinett des PLO-Vorsitzenden, Präsident Abbas. Der KURIER sprach mit ihm über

► **die Rolle einer Hamas-Regierung:** Es wird eine schwache Hamas geben, die effizient Sozialleistungen an die Palästinenser erbringt, aber außenpolitisch in den nächsten zwei Jahren kaum eine Rolle spielen wird, falls die internationale Staatenge-

## INTERVIEW

### „Die Hamas wird weiter um internationale Hilfe bitten“

meinschaft an ihrer Position festhält.

► **die Kernfrage der Verhandlungen:** Die Rolle des Präsidenten und seine Position im Verhältnis mit der Hamas.

Aber es gibt für Palästinenser keine rein innenpolitischen Themen. Alles wird von außen beeinflusst, besonders von Israel und den USA.

► **ein möglicher Kompromiss:** Die Hamas wird die Gehälter der Politiker transparent machen und die internationale Gemeinschaft weiter um Hilfe bitten. Es gibt zwei Alternativen: Dass Hamas in ihrer Position weicher wird, weil sie auf eine Lücke zum Dialog hofft. Dann könnten



PLO-Berater Prauhart

Gelder direkt, etwa an Spitäler, überwiesen werden. Das ist Thema der Verhandlungen mit Abbas. Gearbeitet wird aber auch an einer Alternative: Der Umgehung der Hamas-Kanäle, sodass etwa Weltbank, UNO, EU und USA direkt an Gemeinden und extra gegründete Fonds Hilsgelder überweisen können und Kontrollen der palästinensischen Verwaltung umgangen werden. Diese Variante beinhaltet Widersprüche: Konkret etwa den Wunsch, Demokratie zu fördern, Institutionen aufzubauen und diese dann bedeutungslos zu machen.

► **die Weigerung der Hamas, dem bewaffneten Kampf abzuschwören:** Die Hamas hat nie geglaubt, dass die Friedensverträge das Ziel der Palästinenser, einen eigenen Staat, näher rücken lassen und sie kritisiert, dass das besetzte Volk und nicht die Besatzung als Ursache der Gewalt gesehen wird. Die Menschen haben die Hamas-Partei gewählt, damit sie keine „Kapitulationsverträge“ unterschreibt.

► **die Überlebensfähigkeit Palästinas:** Voraussetzung ist ein Abzug der militärischen Besatzung, die Kontrolle der Außengrenzen, ein Rückholen der israelischen Siedler und Stopp des Mauerbaus. Die Palästinenser sind ein sehr gebildetes Volk. Tourismus – etwa in Jerusalem – wäre eine gute Einnahmequelle, aber auch die Landwirtschaft. Eine Kooperation mit Israel, wirtschaftlich und menschlich, würde beiden Seiten viel bringen.

Interview: Romana Klär

## EU: Größter Geber

Hilfe Mit 500 Millionen Euro pro Jahr ist die EU der wichtigste Geldgeber der Palästinenser.

Drohung Sollte die Hamas nicht der Gewalt abschwören, sollen bis zu 50 % gestrichen werden.

findet er Meldungen aus Brüssel, dass Hilfgelder künftig direkt an die Palästinenser und nicht an eine Hamas-geführte Regierung fließen sollen: „Wie will die EU das machen. Keiner will die Hamas, aber es braucht eine zentrale Koordinierung, um Missbrauch zu verhindern.“

Dass jüngst EU-Einrichtungen in Gaza angegriffen wurden, hält Abbas Melhim von HDIP für einen „reinen Akt der Verzweiflung“. Viele dieser jungen Palästinenser lebten in einem Klima der Gewalt und wüssten kaum etwas über die EU und ihre Politik.

► **INTERNET**  
www.hdip.org/

## FRAGE DER WOCHE

Jobs und Wachstum sind wichtige Ziele der EU. Welche Möglichkeiten hat die Union, Fehler in den Mitgliedsstaaten zu sanktionieren?

Wie auf nationaler Ebene können Politiker auch in Europa nicht direkt Jobs und Wachstum herbeiführen.

Aufgabe der EU ist es, die besten Bedingungen für Unternehmer und Firmen zu schaffen, um das Entstehen von Arbeitsplätzen zu fördern. Das erfordert Teamwork.

Beim Treffen der EU-Regierungschefs in Brüssel hat der österreichische Ratsvorsitz alle Akteure an einem Tisch versammelt. Erstmals nahmen an den Gipfelberatungen auch die Präsidenten der europäischen Sozi-



EU-Botschafter Gregor Woschnagg beantwortet jeden Montag EU-Fragen

alpartner und der Europäischen Zentralbank teil.

Vereinbart wurden konkrete Ziele für mehr Wachstum und Beschäftigung: Jeder Jugendlichen auf Jobsuche soll innerhalb von sechs Monaten einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz angeboten bekommen; Unter-

nehmensgründungen sollen innerhalb einer Woche möglich sein; Klein- und Mittelbetriebe werden von Bürokratie entlastet. Zielder Maßnahmen ist es, bis 2010 die Schaffung von zehn Millionen neuen Arbeitsplätzen zu unterstützen.

GERÜSTET EU-Austauschprogramme für Schüler, Lehrlinge und Studenten sollen der Jugend die Möglichkeit geben, sich umfassend zu qualifizieren, um dadurch besser gerüstet in die Arbeitswelt einzutreten.

Die konkrete Umsetzung der Wachstumsstrategie ist Aufgabe der Mitgliedsstaaten. Sie zeichnen für die nationale Politik in den Bereichen Beschäftigung und Ar-

beitsmarkt verantwortlich. In der neuen Partnerschaft für Wachstum und Arbeitsplätze haben sich die Mitgliedsstaaten 2005 jedoch freiwillig zu einer laufenden Überprüfung ihrer Programme auf europäischer Ebene verpflichtet.

Wer gegen die strengen europäischen Wettbewerbsregeln verstößt und Wachstum und Beschäftigung beim Konkurrenten bremst, muss zudem mit hohen Strafen seitens der EU-Kommission rechnen.

Die Computerfirma *Microsoft* wurde zur Zahlung von rund 500 Millionen Euro verurteilt. Dem Konzern wird vorgeworfen, seine beherrschende Stellung am Markt ausgenutzt zu haben.

## ÜBERBLICK

### Grünes Licht für den EU-Führerschein

Die EU-Verkehrsminister beschließen heute in Brüssel die Einführung eines EU-weit einheitlichen Führerscheins. Für Lkw-Fahrer bringt er strengere Auflagen. Ab 2012 werden neue Lkw- und Busführerscheine in allen EU-Staaten auf fünf Jahre befristet. Bei der Verlängerung wird anders als bei Pkw- und Motorradlenkern ein Gesundheitscheck vorgesehen.

### Beratungen über Jugendarbeitslosigkeit

Das Thema Jugendarbeitslosigkeit beschäftigt ab Mittwoch die EU-Jugendminister bei ihrem informellen Rat in

Bad Ischl. Zeitgleich findet in Wien und Ischl ein Treffen von 100 Jugend-Delegierten aus den 25 EU-Ländern statt.

Das sage ICH zur EU

**Soll die EU den Jugend-Austausch stärker fördern?**

Schreiben Sie uns Ihre Meinung  
leser@kurier.at  
www.kurier.at/leser  
FAX: 01 / 52 100 / 2703

► **Geteilter Staat in der EU:** Die Union kann den Erwartungen der Zyprioten nicht entsprechen. Krise in der Türkei könnte eine Lösung weiter verzögern

# Zypern: Aphrodites Sorgenkind

VON HUBERT J. WAGNER UND HARALD EGGENBERGER NIKOSIA

Das Staunen war groß bei den Grenzängern. Da steht doch wirklich einer in der UN-Pufferzone in Nikosia (türkisch: Lefkoşa) und tanzt Schritte aus einer Bauchtanzshow. Spontan bleiben Menschen stehen und klatschen den Rhythmus dazu. Stavros, Professor am Cyprus College in Nikosia und Bauchtanzlehrer, kann sich „seine Insel“ ohne Kontakte zwischen den beiden Volksgruppen nicht vorstellen. „Es stimmt mich nachdenklich, im eigenen Land mit Pass zu reisen, aber Kunst ist ein wesentliches Element zur Verständigung der Kulturen.“

**Resignation** Drei Autostunden nordöstlich, durch den von türkischen Truppen besetzten Nordteil, liegt die griechisch-zypriotische Enklave Rizokarpaso, türkisch Dikkarpaç: Ruhige Landschaft, blaues Meer, liebliche Dorfidee und anscheinend jede Menge Zeit. Auffallend die starke türkische Militärpräsenz am Weg. In den schönsten Buchten Rohbauten, die in naher Zukunft Touristen beherbergen sollen. Sie sind ein Stein des Anstoßes. Laut der Regierung der Republik Zypern, illegale Bauten auf Gründen vertrie-

**„Die Zypern-Frage in ihrer politischen Dimension ist nicht Aufgabe der EU, sondern jene der UNO.“**

Vertretung der EU-Kommission, Nikosia

bener griechischer Zyprioten. Den Raum der Enklave teilen sich 250 griechische Zyprioten mit 2500 angesiedelten Festland-Türken. „Diese Ansiedlungen fanden nach der Invasion 1974 statt, um die demographische Balance zu verändern“,

## Zypern: Geteilte Insel im Mittelmeer



Botschaft von der türkisch-zypriotischen Seite in den Süden an der Ledra Street.



Michalis, 83, griechischer Zypriot aus Gerolakkos, lebt seit 1974 in einer für Vertriebene aus dem Norden angelegten Siedlung im Süden der Hauptstadt.



Saban, 35, türkischer Zypriot, Musiker. 1974 mit seinen Eltern aus Limassol geflohen. Lebt jetzt in Gime.

Griechisch-zypriotischer Checkpoint Ledra Street. Hinweistafel auf die Teilung der Hauptstadt Nikosia.



Sechsklassige Mittelschule mit 27 Schülern in der griechischen Enklave Karpasia im besetzten Norden.

FOTOS: H. WAGNER, H. EGGENBERGER

kaum noch türkische Zyprioten im Süden.

Saban (35), Musiker und türkischer Zypriot, hat ein ähnliches Schicksal erfahren: Er musste 1974 mit seiner Familie vom Süden in den Norden. Auch er hat schon mit den neuen Besitzern seines Hauses Kaffeegetrunken. „Diese politische Situation ist nicht meine. Das ist das Problem der Regierungen“, meint Saban, der heute Pässe beider Republiken besitzt. „Ich treffe mich mit meinen Freunden aus dem Süden, wann immer ich will.“

**Visionen** Der österreichische Oberleutnant Klaus Peer, 45, versieht als UN-Verbindungsoffizier zur National Guard der Republik Zypern seinen Dienst. „Die Akzeptanz der UNO ist auf beiden Seiten sehr groß“, weiß der auslandserfahrene Offizier. „Die Öffnung der Übergänge könnte man schon als positives Resultat des EU-Beitritts werten. Aber selbst hinter Zeichen der Entspannung stehen langwierige Verhandlungen“. So am 8. März: Als die Mauer in der Ledra Street von der National Guard niedergeworfen wurde, war diplomatisches Vorgehen nötig. Peer wurde erst zwei Stunden zuvor informiert und musste eine Zustimmung der türkischen Truppen aushandeln. „Bei negativem Erfolg hätte dies zu ernststen Problemen führen können.“

Dass der EU politische Visionen fehlen, wie viele Zyprioten beklagen, erklärt die Politikwissenschaftlerin Kalliope Agapiou-Josephides: „Die EU hat einfach keine Handhabe: Sie ist eine Rechtsgemeinschaft und hat sich nicht in innenpolitische Belange einzumischen oder andere Staaten zu beeinflussen. Selbst wenn die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik – die ja noch in den Kinderschuhen steckt – sich entwickelt, wird die EU der Türkei auch nicht wirklich wehtun wollen.“

sagt Xenia Archontidou, 58, Direktorin der Schule in Rizokarpaso. Um sich mit ihren 27 Schülern auf der Insel zu bewegen, braucht es jedesmal die Bewilligung der türkisch-zypriotischen Behörden. „Auf eine Genehmigung warten wir drei bis sieben Tage. Zumindest haben die jungen Menschen seit Öffnung der Übergänge die Möglichkeit, in den griechischen Teil zu reisen. Dort gibt es all das, was es bei uns hier nicht gibt.“ Hundert Meter weiter: In einer Taverne sitzen vier griechische Zyprioten. Man könnte meinen, ihr Kartenspiel heißt Resignation. Reden wollen sie nicht, da, wie sie meinen, „alles ohnehin keinen Sinn mehr hat“.

Zwischen zwei Spielzügen erklärt einer: „Wir haben kein Recht, kein Geld, und auf unsere Häuser und Grundstücke

halten die Türken die Hand drauf.“ Ihre Angehörigen, die in den Süden gegangen sind, haben hier kein Erbrecht.

## Der Zypern-Konflikt: Daten und Fakten

**Landesdaten Zypern:** Gesamtfläche: 9251 km<sup>2</sup> Gesamtbevölkerung: 980.000 davon Türk. Rep. Nordzypern: Fläche 3355 km<sup>2</sup> (36 %). Bevölkerung 250.000 (davon wiederum ca. 120.000 türkische Siedler und 40.000 türk. Soldaten)

**Kritische Punkte im Annan-Plan:** Kein sofortiger Abzug türk. Truppen, Status der türk. Siedler im Norden, Beschränkung der Rückkehrerzahl

**Chronologie:** 1963/64 Aufkündigung der „Ersten Republik“ durch Präsident Makarios und Bürgerkrieg 1974 Putschversuch griech. Extremisten, türkische Militärinvasion 1983 Errichtung der „Türkischen Republik Nordzypern“, international nicht anerkannt 24. April 2004 Ablehnung des Annan-Plans durch griech. Zyprioten 1. Mai 2004 EU-Beitritt: EU-Vertrag gilt nicht im Norden

## ► Türkische Republik Nordzypern

„EU-Beitritt ist erklärtes Ziel“

Turgay Avcı ist Außenminister und Vize-Premier der Türkischen Republik Nordzypern (TRNZ).

**KURIER:** EU und UN beklagen den Stillstand in den Gesprächen zur Lösung der Zypernfrage.

**Turgay Avcı:** Es liegt nicht an uns. Unsere Tür steht jederzeit offen. Unser Ja zum Annan-Plan zeigt dies deutlich.

Welche Rolle räumen Sie UNO und EU dabei ein?

Eine Lösung kann es nur unter Schirmherrschaft der UNO mit starkem Engagement der EU geben.

Wie verstehen Sie dabei das Engagement der EU?

Erstens: Es war ein Fehler der EU, ein geteiltes Zypern aufzunehmen. Zweitens: Mit Beginn der deutschen Ratspräsidentschaft wurde uns ein Freihandelsabkommen mit

der EU zugesichert. Wenn es Deutschland in den verbleibenden zwei Monaten nicht schafft, glauben Sie, dass Portugal oder Slowenien in der Folge die Kraft dazu haben? Bevor die EU große Forderungen anstellt, sollte sie zuerst ihre Versprechen einlösen. Unser Ziel ist der Beitritt zur EU. Wir sind demokratischer und europäischer, als die griechischen Zyprioten es sind.

Wie könnte eine Lösung aussehen?

Vor dem Referendum zum Annan-Plan 2004 gab es einen Lichtblick. Eine Insel, ein Staat mit zwei gleichen Partnern. Der Süden war zu einer gleichberechtigten Lösung nicht bereit. Papadopoulos (Präsident im Süden) wollte nicht teilen. Wir können nicht weiter aufhinwarten. Es ist unser Recht, uns weiterzuentwickeln. Je länger es bis zu einer Lösung dauert,



Außenminister Turgay Avcı

desto schwieriger wird es.

Ein Hauptstreitpunkt sind die türkischen Truppen.

Die Truppen bleiben, bis eine Lösung gefunden wurde. Sie sind das Resultat des Konfliktes von 1964. Seit 1974 sind sie unser Garant für Sicherheit und Stabilität.

Ankara gibt die Richtung vor, und Lefkoşa folgt?

Wir schlagen die Projekte vor, die Türkei unterstützt uns. Ist das nicht völlig normal?

Interview: H. Wagner, H. Eggenberger

## ► Republik Zypern

„Wir können eine Lösung finden“

Erato Kozakou-Marcoullis ist griechisch-zypriotische Direktorin für die Zypernfrage, europäische und türkische Belange. Ehemalige Botschafterin in den USA.

**KURIER:** Was kann die EU zur Beilegung des Zypern-Konflikts beitragen?

**Erato Marcoullis:** Die EU ist ein wichtiger Faktor, zumal wir erstmals als EU-Mitglied verhandeln. Die EU ist unser Partner. Trotzdem wird eine Lösung in erster Linie von der UNO kommen, in Form einer Resolution. Darauf bestehen wir auch, denn der Rahmen, in dem wir uns bewegen, ist internationales Recht.

Was aber erwarten Sie sich konkret von Brüssel?

Vor allem Druck auf die Türkei im Zuge der Beitrittsgespräche. So wurden diese zum Teil eingefroren. Doch wir unterstützen die Beitrittsverhand-

lungen prinzipiell, denn wir wollen, dass aus diesem Prozess eine neue Türkei hervorgeht.

Glauben Sie, dass die EU in dieser Frage gegenüber der Türkei konsequent bleibt?

Absolut. Ohne Lösung der Zypern-Frage ist ein Beitritt der Türkei völlig ausgeschlossen.

Wie könnte eine Lösung aussehen, und wann können man sie erreichen?

Die Volksgruppen sind 1977 übereingekommen, dass die Lösung in einem Bundesstaat bestehen muss. Kernprobleme: Die türkischen Truppen, die Rückkehr der Vertriebenen und die Restitution von deren Besitz. Außerdem die Verschiebung der demographischen Verhältnisse. Die Annahme des Annan-Plans war für uns keine Option, denn das war ein nicht ausbalancierter Schiedsspruch. Ein neuerliches Scheitern kön-



Direktorin E. Kozakou-Marcoullis

nen wir uns nicht leisten. Seit verganginem Jahr läuft aber ein neuer Prozess: Beide Seiten haben vereinbart, Arbeitsgruppen über die Hauptstreitpunkte einzusetzen. Allerdings verweigert sich die TRNZ. Wenn wir heute starten könnten, würde es gar nicht so lange dauern.

Gibt es Bedingungen, auf die Sie nicht verzichten werden?

Ja, den Abzug der türkischen Armee. Über die Siedler kann man reden, nicht alle würden gehen müssen.

Interview: H. Wagner, H. Eggenberger

Militante Separatisten, Kriminalität und der lange Arm des übermächtigen Nachbarn  
 Russland: Georgien, das Land am Kaukasus, tritt die Flucht nach Westen an

# EIN ZERRISSENES LAND

VON HUBERT J. WAGNER  
 Pankisi-Tal

„Manchmal denke ich mir, ich muss mir eine Waffe kaufen, aber ich kann doch auf keinen Menschen schießen.“ Ilia, 24 Jahre, gehört zu denen, die einen Job haben. An seinem Arbeitsplatz, einem kleinen Restaurant in Tiflis, kommt er mit vielen Ausländern in Kontakt. Techniker aus Europa, Mitarbeiter internationaler Hilfsorganisationen, sowie Geschäftsleute, die nicht gerne über ihre Geschäfte reden. Jeder 24 Stunden auf Schritt und Tritt von bewaffneten Bodyguards begleitet.

**KRIMINALITÄT** Erst vor wenigen Wochen wurde ein entführter englischer Geschäftsmann von georgischen Spezialeinheiten befreit. Die völlig am Boden liegenden wirtschaftlichen Strukturen sind der Nährboden für die außer Kontrolle geratene Kriminalität. Volker Jacoby, Pressesprecher der OSZE in Tiflis: „Unglaublich, es funktioniert viele, was eigentlich nicht mehr funktionieren dürfte.“

Die M27 von Tiflis Richtung Westen führt zum wahrscheinlich explosivsten Krisenherd in Georgien: Abchasien steht seit 1992, mit Billigung Russlands, im Kampf mit Georgien um seine Unabhängigkeit. An der *Ceasefire-Line* entlang des Flusses Inguri, zwischen den Städten Sugdidi und Galipassiert man einen Checkpoint der russischen Friedenstruppen. Panzerfahrzeuge verleihen der Präsenz deutlich Ausdruck. Für viele Georgier liegen hier und in Süd-Ossetien die Kernprobleme des Landes. Verteidigungsminister Generalleutnant Dawit Tewsadse: „Dieser Konflikt ist eine Frage unserer Identität.“

**FLÜCHTLINGE** An die 70.000 georgische Flüchtlinge aus Abchasien leben hier. Bedingt durch Lebensumstände, die über jedes Maß der Erträglichkeit hinausgehen, entwickelte sich ein enormes Gewaltpotenzial. Allein in den Monaten Oktober und November wurden hier 30 Menschen ermordet. In dieser politisch höchst sensiblen Umgebung versehen seit über einem Jahr auch zwei österreichische Offiziere im Rahmen der UNOMIG ihren Dienst. Major Stefan Delmarco, 42, aus der Steiermark und Hauptmann Stefan Eder, 38, aus Salzburg. Mit 114 Kollegen aus 34 Nationen pat-

rouillieren sie an der *Ceasefire-Line* und im Kodori-Tal. Eka Keburia, 30, musste 1992 zu Beginn des Krieges mit Familie und Freunden aus ihrem Dorf fliehen. Über das Kodori-Tal im Norden von Abchasien, überrascht vom Wintereinbruch, marschierten sie nach Kutaesi ins georgische Zentralland. Viele überlebten die Flucht nicht und erfroren.

Seit 10 Jahren lebt Eka mit ihrer Familie nun im Osten Georgiens in der Stadt Sagarejo. In dem einfachen Zimmer, jetzt im Winter mit satten Minusgraden, stehen zwei Betten, ein großer Tisch und ein kalter Ofen. Holz muss auch bezahlt werden. Mit Gelegenheitsarbeit und einer staatlichen Unterstützung von 14 Lari (ca. 7 €) im Monat schlägt man sich durch.

Ein Arbeiter verdient rund 100 Lari (50 €), der Taxifahrer einer privaten Gesellschaft



Keine Heizung, kaum Essen und nur noch wenig Hoffnung für die Zukunft: Trüber Ausblick für Georgiens Kinder

## Konfliktherde: Völker, Öl und Interessen



**Abchasien:** Seit 1992 um Lösung von Georgien bemüht, 70.000 Flüchtlinge in Grenzregion. Hohes Gewaltpotenzial  
**Süd-Ossetien:** Für Anschluss an Russland. Hohe Kriminalität  
**Adscharien:** Präsident Abachize versucht das Land aus Konflikten heraus zu halten.

**Pankisi:** Für Russland ein Rückzugsgebiet tschetschenischer Terroristen. Druck auf Tiflis.  
**Chawacheti:** Armenische Minderheit will Unabhängigkeit.  
**Öl:** Neue Pipeline vom Kaspischen Meer durch Georgien. Russland abgeschnitten, befürchtet Einflussverlust.

etwa 250 Lari (125 €). Nicht üppig, aber besser als 14 Lari staatliche Unterstützung.

Im angrenzenden Kindergarten sind auf Grund der Kälte nur fünf von 25 Kindern anwesend. Hier gibt es auch etwas mehr menschliche Wärme. Für das Essen haben die Eltern zu sorgen, meist „Dedas Puri“, wörtlich übersetzt „Mutters Brot“ und „Church Chella“. Diese aus Mehl, Wein und Nüssen zubereitete Süßigkeit, auch bekannt unter „Georgian Snickers“, macht zumindest volle Bäuche.

**PANKISI** Der Weg über Sagarejo und Telawi nach Matani, dem Eingang ins Pankisi-Tal, ist im Winter eine echte Herausforderung. Schnee und klirrende Minusgrade erlauben eine Geschwindigkeit von maximal 25 km/h. Ein Tal von ca. 16 Kilometern Länge und 6 Kilometern Breite rückte seit den Anschlägen vom 11. September 2001 in die

Schlagzeilen der Weltpresse. Über das Thema Pankisi reden die Georgier nur widerwillig. „Dieser Konflikt war nicht unserer, er wurde in unser Land getragen“, erklärt der Minister für Staatssicherheit, Valerian Khaburdzania. „Pankisi ist ein kriminelles und kein terroristisches Problem.“ Nach dem zweiten Tschetschenien-Krieg 1999 kamen an die 7000 Flüchtlinge ins Pankisi-Tal. Nach Meinung des Ministers ist das Tal ein Rückzugsgebiet für tschetschenische und georgische Kriminelle aus dem Konflikt der Tschetschenen, in dem gute Geschäfte zu machen sind.

Regierungsangaben zufolge, hat sich die Situation seit letztem Oktober geändert. Georgische Einheiten haben in einer zweimonatigen militärischen Säuberungsaktion wieder die Kontrolle zumindest über einen Teil des Pankisi-Tales erlangt. Präsident Putin dankte in einem

offiziellen Schreiben Anfang Dezember 2002 der Regierung in Tiflis für die „erfolgreiche Bekämpfung des Problems“.

Major George Zhorzhi-kashvili war drei Monate in Pankisi im Einsatz: „Die seit sieben Monaten permanente Präsenz unserer Soldaten in Pankisi gibt den Bewohnern ein Gefühl der Sicherheit. Alles, was rein geht und was rauskommt, wird kontrolliert. Das zeigt Wirkung.“

**SCHWELBRAND** In den anderen Krisenregionen, Abchasien und Süd-Ossetien, ist man von Lösungen weit entfernt. Adscharien ist ein Schwelbrand, und im Grenzgebiet zu Armenien, in Chawacheti, beginnt es zu gären. Die Regierung in Tiflis betont zwar das gute Verhältnis zu Russland, das politische und militärische Taktieren des mächtigen Nachbarn im Norden beobachtet sie jedoch mit großer Sorge.

## US - MILITÄRPRÄSENZ

### Mit der Kampfkraft wächst das Selbstbewusstsein

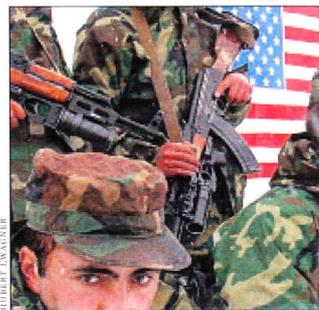
Das Programm für Ausbildung und Training der georgischen Armee durch US-Streitkräfte wurde im Frühjahr 2002 ins Leben gerufen. Die USA haben dafür rund 64 Millionen Dollar zur Verfügung gestellt. Geplant ist, dass rund 2500 georgische Soldaten an dem Programm teilnehmen.

Trainiert von Instruktor der „Special Forces“, ei-

ner Eliteeinheit der US-Armee, entwickelte sich innerhalb der georgischen Streitkräfte ein neues Selbstbewusstsein. Georgien ist mittlerweile im NATO-Programm Partnerschaft für den Frieden und strebt als klares Ziel für die Zukunft eine Mitgliedschaft im NATO-Bündnis an.

„Das Niveau der Ausbildung, die physischen und

psychischen Anforderungen an die Soldaten, sind enorm hoch“, sagt Chefinstruktor Major David Grosso. „Hier haben wir es mit einer Generation zu tun, die von der gemeinsamen Vergangenheit mit der Sowjetunion völlig unbeeinflusst ist.“ Realistische Ausbildungsszenarien bieten sich in Georgien jedenfalls mehr als genug an.



Georgische Armee: Trainiert von Eliten der US-Armee, entwickelt sich ein neues Selbstbewusstsein

## ÜBERBLICK

### „Mladic ist noch in Serbien“

**JUGOSLAWIEN** – Der als Kriegsverbrecher angeklagte Ex-Armeechef der bosnischen Serben, Ratko Mladic, befindet sich nach Angaben des Parlamentschefs der Provinz Vojvodina weiter in Serbien. Die zuständigen Staatsorgane wüssten ganz genau, wo sich Mladic bewege, „sie stellen sich nur dumm“, sagte Nenad Canak in einem Interview.

### Schlichter nehmen Arbeit auf

**DEUTSCHLAND** – Im Tarifkonflikt des öffentlichen Dienstes haben die beiden Schlichter, Hans Koschnick und Heinrich Lehmann-Grube, am Samstag ihre Arbeit aufgenommen. Bis 6. Jänner sollen sie einen Kompromiss finden. Die Gewerkschaft fordert drei Prozent mehr Lohn, anderenfalls drohe ein Streik. Die Arbeitgeber erwägen Aussparungen.

### Angriff auf Franzosen

**COTE D'IVOIRE** – Französische Soldaten haben sich zum zweiten Mal seit Beginn des Bürgerkriegs in Côte d'Ivoire ein Feuergefecht mit Rebellen geliefert. Diese hatten ihre Fahrzeuge angegriffen. Insgesamt sind bereits 2500 französische Soldaten in der ehemaligen Kolonie stationiert. Sie sollen das Vordringen der Rebellen in den Süden verhindern.

### Attentat auf Oppositionellen

**JEMEN** – Der Vize-Generalsekretär der Sozialistischen Partei, der größten Oppositionsgruppe des Jemen, ist am Samstag einem Attentat zum Opfer gefallen. Djarallah Omar hatte gerade seine Rede auf einem Parteikongress beendet, als der Attentäter zwei Schüsse auf ihn abfeuerte. Der Mann wurde sofort überwältigt, sein Motiv ist unbekannt.

### „Pakistan duldet die Taliban“

**INDIEN** – Innenminister Lal Krishna Advani wirft Pakistan vor, den aus Afghanistan vertriebenen Taliban Unterschlupf zu gewähren. Die radikalen Islamisten hätten sich bereits fest etabliert und seien dabei, Terror-Trainingslager einzurichten. Diese Entwicklung werde der internationalen Gemeinschaft teuer zu stehen kommen, warnt Advani.